

# Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 13 | 14. Dezember 2017



Liebe Leserinnen und Leser,



das politische Jahr 2017 geht langsam zu Ende und mit Weihnachten stehen uns allen hoffentlich in unserer hektischen Zeit einige ruhige Tage bevor.

**Ihnen und Ihren Familien wünsche ich  
ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest  
und für das kommende Jahr 2018  
alles Gute, Glück und vor  
allem Gesundheit!**

Ihre

*M. Heil*

Mechthild Heil MdB | Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
Email: [mechthild.heil@bundestag.de](mailto:mechthild.heil@bundestag.de)  
Telefon (030) 227 77040  
Telefax (030) 227 76423



Web: [www.mechthild-heil.de](http://www.mechthild-heil.de)

Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Facebook: [www.facebook.com/MechthildHeil](https://www.facebook.com/MechthildHeil)

Instagram: [www.instagram.com/mechthild\\_heil](https://www.instagram.com/mechthild_heil)



## Berlinbesuch

Für 50 Bürgerinnen und Bürger, die auf meine Einladung in Berlin waren standen in dieser Woche unter anderem Gespräche im Deutschen Bundestag und Familienministerium, ein Besuch in der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen und eine Führung im Bundeskanzleramt sowie eine Stadtrundfahrt durch Berlin auf dem Programm. Für einen Kuppelbesuch im Bundestag bei schönstem Winterwetter war natürlich auch noch Zeit. Ich hoffe, die Gruppe hatte eine gute Zeit und kann die vielen neuen Erfahrungen mit in die Heimat nehmen!



## Modernisierung des Landes und Sicherheit für die Bürger

Das erste Gespräch zwischen den Spitzen von Union und SPD stand in dieser Woche an. Wir als Union sind zur Bildung einer stabilen Bundesregierung bereit. Dass die SPD ihre Position überdacht hat und nun Gespräche mit uns führen wird, ist ein wichtiger Schritt, damit wir endlich vorankommen. Klar ist: In einer Koalition kann man nicht alles umsetzen, was in einem Wahlprogramm steht. Es braucht Kompromissfähigkeit, es braucht Verantwortungsbewusstsein für unser Land. Klar ist aber auch, dass die Bürgerversicherung kein Problem löst und dass wir unser Regelwerk zur Migration umsetzen wollen.

Deutschland braucht eine stabile Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit, keine Experimente. Eine große Koalition kann die notwendige Modernisierung unseres Landes intensivieren und den Bürgern Sicherheit geben. Gleichzeitig darf sie keine Lähmung in wichtigen Fragen erzeugen. Für die Modernisierung ist zentral, dass öffentliche Investitionen in Straßen und Schienen schneller umgesetzt werden und wir bei der Digitalisierung den Turbo anwerfen. Die Situation an unseren Schulen müssen wir verbessern, den Ländern werden wir als Bund dabei helfen. Wir wollen die Sicherheit für unsere Bürger im umfassenden Sinne verbessern: vor allem die innere Sicherheit, aber auch die soziale. Wir werden darauf achten, dass unser Land nicht überfordert wird bei der Migration, deshalb ist die Umsetzung des Regelwerks zur Migration von CDU und CSU vom 8. Oktober 2017 so zentral. Für diese Vorhaben brauchen wir einen leistungsfähigen Staat mit

guter Verwaltung und guter Justiz, das ist eine große Aufgabe für Bund und Länder. Schließlich wollen wir Europa stärken und besser ins nächste Jahrzehnt führen.

## Opferschutz verbessern

Wir wollen mit einem fraktionsübergreifenden Antrag aus der demokratischen Mitte heraus den Schutz von Opfern von Gewalttaten verbessern. Insbesondere liegt uns ein besseres Opferentschädigungsgesetz am Herzen. Opfer von Gewalttaten leiden oft lange physisch und psychisch unter den Folgen der Tat.

Wir beschränken uns bei unserer Initiative nicht auf die Opfer des Anschlags vom Breitscheidplatz, sondern beziehen bewusst auch Opfer von anderen Gewalttaten ein. Es gilt nun, eine Erhöhung und Ausweitung von Entschädigungen bei terroristischen Anschlägen und sonstigen Gewalttaten zu prüfen. Wir brauchen zentrale Anlaufstellen, die im Falle eines Anschlags schnell und unbürokratisch zur Verfügung stehen. Wir sichern schließlich den über 60 zum Teil schwer Verletzten und den Hinterbliebenen der zwölf Getöteten vom Breitscheidplatz weiterhin unsere Solidarität und Unterstützung zu.

Zudem streben wir als Union einen Untersuchungsausschuss an, um das Attentat auf den Weihnachtsmarkt vor der Berliner Gedächtniskirche lückenlos aufzuklären. Die Verhandlungen mit den anderen Fraktionen über einen gemeinsamen Einsetzungsantrag sind noch nicht abgeschlossen, wir werden sie fortsetzen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir noch besser aufklären, wie es trotz

Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeikanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte. Wir werden alles daransetzen, die Umstände des Attentats weiter aufzuklären, um daraus weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Aufenthaltsrecht zu ziehen.

## Abgeordnetendiäten

Der jetzt zu treffende Beschluss sorgt dafür, dass wir uns bei den Diäten auch in dieser Wahlperiode an dem Vorschlag der unabhängigen Kommission von Sachverständigen orientieren, die genau für diese Frage im März 2013 dem Bundestag ihre Empfehlungen unterbreitet hat.

Die Kommission kam übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass sich die Abgeordnetenentschädigung künftig genauso wie die Verdienstenwicklung der ca. 35 Millionen abhängig Beschäftigten in Deutschland entwickeln soll und zwar im positiven wie negativen Fall. Die Kommission empfahl: Nur wenn die Löhne und Gehälter in Deutschland steigen, dann sollen auch die Diäten steigen.

Wir sind der Meinung, dass der Vorschlag der unabhängigen Kommission bei der Diätenfrage angemessen und vor allem fair ist. Es kann auch keine Rede davon sein, dass dieses Verfahren nicht transparent wäre – im Gegenteil, es kann kaum was Transparenteres geben, als die Koppelung der Diäten an die allgemeine Lohnentwicklung!

Empfehlenswert dazu ist die Rede der Parlamentarischen Geschäftsführerin der Grünen, Britta Haßelmann, zu finden unter:

[https://www.youtube.com/watch?v=n\\_URgOtykvo&feature=youtu.be](https://www.youtube.com/watch?v=n_URgOtykvo&feature=youtu.be)

## Horst Becker verabschiedet sich aus meinem Berliner Büro

Wo ein Anfang ist, muss auch ein Ende sein. So endete zum 30.10.2017 auch meine Arbeitszeit im Büro von Mechthild Heil nach 5 Jahren und 9 Monaten. Es war eine tolle Zeit, in der wir vielen Bürgerinnen und Bürger bei der Bewältigung ihrer Probleme helfen konnten. Ein Highlight waren für mich die Koalitionsverhandlungen 2013, in denen Frau Heil die Verhandlungsführung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich Verbraucherschutz gegenüber der SPD innehatte.

Es sind aber auch die vielen tollen Menschen mit ihren ganz persönlichen Geschichten, die ich in der Zeit kennen lernen durfte. Am Ende bleibt Wehmut, weil ich ein tolles Team verlasse, mit einer Chefin, die immer ein offenes Ohr hat für jedwede Anliegen und mir auch eine echte Mentorin war. Ich freue mich aber auch, dass ich seit November 2017 in meiner neuen Aufgabe beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft weiterhin viel mit Verbraucherpolitik zu tun habe und auch dem politischen Berlin erhalten bleibe. Frau Heil und ihrem Team wünsche ich auch für die Zukunft alles Gute und bleiben Sie so, wie Sie sind!



## Werbeverbot für Abtreibungen soll bestehen bleiben

In den vergangenen Wochen wurde in den Medien viel über den Paragraph 219a diskutiert, das Thema wird im kommenden Jahr auch den Bundestag beschäftigen. Im besagten Paragraphen ist ein Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche geregelt. Ich bin der Meinung, dass das Werbeverbot für Abtreibungen dem Umstand Rechnung trägt, dass es sich bei einem Schwangerschaftsabbruch um keinen normalen medizinischen Eingriff handelt. Anstatt das Werbeverbot zu streichen müssen die Beratungsmöglichkeiten stärker in den Vordergrund gerückt werden und eventuell eine klarere Abgrenzung zwischen neutraler Information und Werbung erfolgen.

## Daten und Fakten

**Geleistete Arbeitsstunden auf Rekordniveau.** Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stieg die Zahl der in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden im vergangenen Quartal auf den höchsten Stand seit 25 Jahren. Zwischen Juli und September lag diese bei rund 15,4 Mrd. Stunden und damit bei 1,3 Prozent mehr als noch im Vorjahreszeitraum. Der Zuwachs an Arbeitsstunden sei den Arbeitsmarktforschern zufolge jedoch nicht darauf zurückzuführen, dass Beschäftigte durchschnittlich länger an Schreibtischen oder in Fertigungshallen gearbeitet hätten. Vielmehr stehe der Aufwärtstrend im Zusammenhang mit der stark gestiegenen Zahl der Beschäftigten. Dies sei ebenfalls der Grund für einen Anstieg der Gesamtzahl an bezahlten Überstunden im dritten Quartal um 4,9 Mio. auf 213,3 Mio.

*(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)*

**Höheres Spendenaufkommen für Not- und Katastrophenhilfe.** Aus der „Bilanz des Helfens“-Studie im Auftrag des Deutschen Spendenrats e.V. geht hervor, dass die Deutschen von Januar bis September 2017 rund 3,1 Mrd. Euro spendeten. Das private Spendenaufkommen liege damit leicht über dem des Vorjahres. Im besagten Zeitraum spendeten etwa 17 Mio. Deutsche Geld an Kirchen oder gemeinnützige Organisationen, die durchschnittliche Spendenhöhe lag bei unverändert 32 Euro pro Spender. Vom Spendenaufkommen der ersten neun Monate des Jahres profitierten insbesondere nicht-konfessionelle Träger. 47 Prozent aller Spenden flossen in Projekte im Inland. Während die Gelder für Flüchtlinge auf 285 Mio. Euro zurückgingen, nahm das Spendenvolumen insbesondere im Bereich der humanitären Hilfe zu. Rund 69 Mio. Euro kamen der Not- bzw. Katastrophenhilfe zugute. Das Plus von 3,7 Prozent in diesem Bereich im Vergleich zu 2016 führt die Studie vor allem auf neue Spender zurück.

*(Quelle: Deutscher Spendenrat e.V.)*